



Liebe Leserinnen und Leser,

hier ist mein Bericht von der Ratssitzung am 4.2.2010.

Bei Anerkennung der Tagesordnung wurde auf Antrag von SPD die Berichterstattung über das Burgwächter-Castello in den öffentlichen Teil aufgenommen. Auf Antrag von BÜ 90 wurden die Berichte aus den Kleinen Kommissionen Kö-Bogen und Wehrhahnlinie ebenfalls in die öffentliche Tagesordnung aufgenommen. Der Antrag der Linksfraktion, eine Resolution im Fall des in den USA zum Tode verurteilten Mumia Abu Jamal zu fassen und die Abschaffung der Todesstrafe zu fordern, wurde mit den Stimmen von CDU, FDP, SPD, Rep, Freie Wähler bei Enthaltung BÜ 90 von der Tagesordnung abgesetzt.

■ Aktuelle Anfragen

Aus aktuellem Anlass fragte die SPD nach der Baustraße durch den Hofgarten. Die Verwaltung begründete die Trassierung der Baustraße durch den Hofgarten und die Ludwig-Zimmermann-Straße mit Zeit- und Kostenersparnissen durch die Optimierung der Bauabläufe. Die Verwaltung verwies auf die zeitliche und räumliche Parallelität von Wehrhahnlinie, Verkehrsanlagen Kö-Bogen, Liebeskind-Bauten und Tiefgarage am Parkhotel. Weiterhin führte sie die Entzerrung der Bau- und Verkehrsphase in der Elberfelder Straße als Grund für die Verkehrsführung durch die Ludwig-Zimmermann-Straße an. Weder im Hofgarten noch durch die nach Süden einzurichtende Abbiegespur auf der Heinrich-Heine-Allee sollen weitere Baumfällungen notwendig werden. Die wasser- sowie denkmalrechtlichen Genehmigungen wurden ebenso wie die Fällgenehmigungen erteilt. Durch die veränderte Lage der Baustraße entstehen keine Mehrkosten, da die Aufwendungen durch Zeitersparnis kompensiert werden können.

BÜ 90 fragte nach den Kostensteigerungen beim Projekt Kö-Bogen. Die Verwaltung wies darauf hin, dass der Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss noch kommt (Ratssitzung 25.3.).

Hierbei wird dargestellt wie sich die Kosten von der Schätzung im Grundsatzbeschluss bis zur Berechnung im Ausführungs- und Finanzierungsbeschluss verändern. Abweichungen aufgrund der Planungstiefe können bei bis zu 30 % liegen.

■ Anfragen

Eine Anfrage der FDP beschäftigte sich mit der Planung von Sporthallen. Die Verwaltung verwies auf die Zielsetzung, Projektprozesse zu optimieren. Ende 2008 wurde ein externer Berater eingeschaltet, um zu prüfen, inwieweit auf realisierte Bauprojekte bei der Planung weiterer Sporthallen zurückgegriffen werden kann. Als Standardisierungspotenzial wurde das Raum- und Funktionsprogramm, räumliche Standards und Ausstattungen, technische Ausstattung und Systembauweise identifiziert.

Die CDU fragte nach den Erkenntnissen des Pandemieplans. Die Verwaltung erläuterte, dass die Maßnahmen erfolgreich entsprechend der Weisungen und Vorgaben des Robert-Koch-Instituts umgesetzt wurden. Ziel war die Unterbrechung der Infektionskette. Die Verwaltung hat einen kommunalen Pandemieplan und eine Geschäftsanweisung Pandemie erlassen. Für Mitarbeiter wurde persönliche Schutzkleidung angeschafft, und sie wurden über Schutz- und Hygienemaßnahmen informiert.

Im Rahmen einer Anfrage der CDU zu Quartiersgaragen führte die Verwaltung die in den letzten Jahren errichteten Quartiersgaragen auf (249 Plätze) sowie die in konkreter Planung befindlichen (594 Plätze) auf. Weitere Vorplanungen werden an zahlreichen Standorten durchgeführt. Jede sich bietende Gelegenheit wird genutzt, um insbesondere für Anwohner Stellplätze auf öffentlichen Verkehrsflächen und bei privaten Bauvorhaben zu schaffen.

BÜ 90 fragte vor dem Hintergrund der aufgrund des Verfassungsgerichtsurteils notwendigen Änderungen nach der Zukunft der Jobcenter. Die Verwaltung verwies auf die am 6.2.2009 verabschiedete Resolution an die Bundesregierung mit der Forderung, die bisherige Form der Zusammenarbeit zwischen ARGE und Kommunen durch eine Verfassungsänderung abzusichern. Die nach derzeitigem Stand notwendige getrennte Aufgabenwahrung ermöglicht eine freiwillige Kooperation. Die Verwaltung schließt aber hierbei nicht aus, dass die Zahl der Ansprechpartner für die Hilfeempfänger zunimmt und die Rolle der Kommunen geschwächt wird. Bei den IT-Kosten wird mit Steigerungen gerechnet. Die Verwaltung bereitet sich auf eine Reorganisation vor. Trotz rechtlicher Trennung soll versucht werden, die Strukturen zu erhalten und eine freiwillige Zusammenarbeit so eng zu organisieren, wie es im Rahmen der verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen möglich ist. Nach derzeitigem Stand kommt es städtischerseits zu Personalüberhängen. Die Agentur für Arbeit wird Angebote zum Arbeitgeberwechsel unterbreiten, Zwangsweise Abordnungen wird es nicht geben. Ein Änderungsgesetz soll im Februar im Bundeskabinett verabschiedet werden, allerdings scheint es nach derzeitigem Stand keine Mehrheit im Bundesrat zu finden.

■ Anträge der Fraktionen

Der Antrag von BÜ 90, eine Befragung der Eltern aller Drittklässler zum Wechsel ihrer Kinder auf eine weiterführende Schule durchzuführen, wurde von CDU, FDP und 1 Stimme der Freien Wähler abgelehnt. Hierbei sollten Wünsche und Bedarf sowie Kritik zum Schulformangebot, zum längeren gemeinsamen Lernen, zum gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern, zum Ganztagsunterricht und Angebot an gesundem Mittagessen, zur Nachmittagsbetreuung und zu individuellen Fördermöglichkeiten erfragt werden. Die CDU verwies auf die Grundschulgutachten und vorhandene und in Vorbereitung befindliche Ganztagsschulen und lehnt eine nur auf wünsch-dir-was abzielende Befragung ab. Die FDP führte als Ablehnungsgrund an, dass von einer Befragung von 4500 Eltern keinerlei neue Erkenntnisse zu erwarten sind. Dem Schulverwaltungsamt wären die Wünsche hinlänglich bekannt. Aufwand und Nutzen stünden in keinem Verhältnis.

Der Antrag von BÜ 90 die Verwaltung zu beauftragen, für die Zukunft unterschiedliche alternative Lösungen zu entwickeln, damit obdachlose Menschen in den Kälteperioden nicht im Freien nächtigen, wurde von CDU, FDP, Freie Wähler, Republikaner mit dem Hinweis auf die 120 Notunterkünfte und die Bemühungen der Streetworker und des OSD, Obdachlose auf diese aufmerksam zu machen, abgelehnt.

Der Antrag der Linksfraktion, die Vertreter im Verwaltungsrat der Stadtparkasse aufzufordern, sich für ein kostenloses Girokonto für Düsselpassberechtigte einzusetzen, wurde von CDU, FDP, Freie Wähler, Republikaner abgelehnt.

Der Antrag der SPD, die Verwaltung zu beauftragen, gemeinsam mit den Stadtwerken das Modell einer „Düsseldorf Elektro-Fahrradtankstelle“ zu entwickeln mit Standorten an der Fahrradstation am Hauptbahnhof und am Firmensitz der Stadtwerke wurde einschl. der Ergänzung von BÜ90, nur Ökostrom zu verwenden von CDU, FDP, Freie Wähler abgelehnt. Aus Sicht der CDU sind E-Bikes noch kein Thema und der Antrag zu dick aufgetragen.

Einstimmig appellierte der Rat an die Bundesregierung, die notwendigen Korrekturen im Grundgesetz im Zusammenhang mit der Neuorganisation der Aufgabenwahrnehmung im Sozialgesetzbuch II so schnell wie möglich vorzunehmen. Der Rat hält die Zusammenarbeit zwischen der Bundesagentur für Arbeit und den Kommunen auf Augenhöhe und unter Beibehaltung größtmöglicher lokaler Handlungsspielräume für unverzichtbar und spricht sich für eine Verfassungsänderung mit dem Ziel aus, das bürgerfreundliche Prinzip der Leistung aus einer Hand zu erhalten.

Ein Antrag von BÜ 90 „Mobilität sichern – dem Stillstand begegnen“ beinhaltete eine Vielzahl von Initiativen mit dem Ziel, den Regionalverkehr im Großraum Düsseldorf zu verbessern. Er wurde von CDU und FDP abgelehnt.

Einstimmig bittet der Rat auf Antrag von BÜ 90 die Bezirksregierung, die bestehende Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW auf der Fleher Brücke effektiv zu überwachen.

Die SPD hatte einen Antrag zur Organisation des zukünftigen Integrationsausschusses eingereicht. Zu prüfen, ob der Integrationsausschuss und dessen Geschäftsstelle im direkten Zuständigkeitsbereich des Oberbürgermeisters wurde von CDU, FDP und freien Wählern bei Enthaltung von BÜ

90 abgelehnt. Einstimmig verwiesen an den zukünftigen Integrationsausschuss wurde der Antrag sicherzustellen, dass die erfolgreiche Berufsberatung des Ausländerbeirates für jugendliche Migrantinnen und Migranten künftig durch seine Mitglieder fortgesetzt wird.

Der Antrag von BÜ 90, die Fällung von 24 Bäumen im Gartendenkmal Hofgarten und die sehr späte Information der Öffentlichkeit 2 Werkstage vor Beginn des massiven Eingriffs zu missbilligen, wurde ebenso von CDU, FDP, Freie Wähler, Republikaner abgelehnt, wie der Antrag, dafür zu sorgen, dass weitere Eingriffe in das Gartendenkmal unterbleiben, und Planungen für eine Verkehrslenkung in Nord-Süd-Richtung aufzunehmen, die keine Flächen des Hofgartens in Anspruch nimmt. Auch die Ergänzungen der SPD, die zusätzlichen Eingriffe, die sich aufgrund der Neutrassierung der Baustraße ergeben, zu missbilligen und die Verwaltung mit der sofortigen Wiederherstellung des Gartendenkmals zu beauftragen, wurden ebenso abgelehnt.

Der Antrag der SPD, den Rat und die betroffenen Fachausschüsse kurzfristig und umfassend über verkehrslenkende Maßnahmen zur Baufeldfreimachung für das Projekt Kö-Bogen während bzw. vor der Realisierungsphase zu informieren, wurde mit dem Hinweis von CDU, FDP, Freien Wählern und Republikaner abgelehnt, dies käme auf die Tagesordnung des Ordnungs- und Verkehrsausschusses am 24.2.

■ Personalien

Der Rat wählte die Mitglieder des Kreiswahlausschusses für die Landtagswahl am 9.10.2010. Die SPD ist vertreten durch Cornelia Mohrs, Stellvertreterin ist Angelika Wien-Mroß.

Der Rat wählte die 10 Mitglieder sowie 1. und 2. Stellvertreter für den Integrationsausschuss. Die SPD wird durch Ioannis Vatalis und Angelika Wien-Mroß, 1. Stellvertreter sind Klaudia Zepuntke und Rajiv Strauß, 2. Stellvertreter Walburga Benninghaus und Matthias Hertz.

Der Rat bestellte einstimmig seine Vertreter in der Stiftung „Institut zur Erlangung der Hochschulreife für Handwerker, Facharbeiter und andere Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung e.V..Die SPD wird im Kuratorium durch Claudia Bednarski vertreten.

Der Rat bestellte einstimmig für den verstorbenen Beigeordneten Werner Leonhardt den Beigeordneten Hans-Georg Lohe zum stellvertretenden Mitglied der Verbandsversammlung des Zweckverbandes IT-Kooperation Rheinland sowie den Beigeordneten Burkhard Hintzsche zum Mitglied und persönlichen Vertreter des Oberbürgermeister in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Rhein-Ruhr 2012.

Der Rat genehmigte einstimmig eine Dringlichkeitsentscheidung, durch die 100.000 Euro an die Welthungerhilfe als Soforthilfe für die Erdbebengeschädigten in Haiti zur Verfügung gestellt worden waren.

■ Verwaltungsvorlagen

Der Rat beschloss einstimmig den Kinder- und Jugendförderplan für 2010-2014 und beauftragte die Verwaltung zu ermitteln, welche personellen und finanziellen Mittel in welcher Zeitschiene nötig sind, um die im Förderplan bei den Schwerpunkten (Bildung, Partizipation, Qualität, Gesundheit) sowie bei den Handlungs- und Themenfeldern aufgeführten Maßnahmen (offene Kinder- und Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, politische und soziale Bildung, schulbezogene Jugendarbeit, kulturelle, sportliche- und freizeitorientierte Jugendarbeit, Kinder- und Jugenderholung medienbezogene Jugendarbeit, interkulturelle Jugendarbeit, geschlechterspezifische Jugendarbeit, internationale Jugendarbeit) umsetzen zu können. Das Ergebnis ist dem Jugendhilfeausschuss unmittelbar nach den Sommerferien vorzulegen. Für die Bereiche Jugendsozialarbeit und erzieherischer Kinder- und Jugendschutz werden noch eigene Planungen entwickelt.

Der Rat beschloss einstimmig den Beitritt in den Verein „Anna Maria Luisa de Medici e.V.“. Der Verein fördert Kunst und Kultur, insbesondere durch Förderung der Integration von zeitgenössischer, klassischer und experimenteller bildender Kunst sowie durch die Förderung der Kunstregion Düsseldorf zu einer internationalen Kunstmetropole.

Der Rat beschloss einstimmig eine Änderung der Betriebssatzung des Stadtentwässerungsbetriebes. Hierdurch wird die Satzung an die Zuständigkeitsordnung des Rates und die Geschäftsanweisung Bau angepasst.

Der Rat beschloss einstimmig eine Änderung seiner Zuständigkeitsordnung. Nunmehr ist klargestellt, dass Sitzungsunterlagen zusätzlich elektronisch zur Verfügung gestellt werden.

Zum Burgwächter-Castello berichtete die Verwaltung, dass das finanzierende Kreditinstitut den Heimfallanspruch, zu dem sich die Stadt 2004 verpflichtet hatte, geltend macht. Dies bedeutet, dass die Sporthalle zum Sachwert (geschätzt werden 25 Mio Euro) durch die Stadt übernommen werden muss. Der Gutachterausschuss wurde bereits mit der Erstellung des entsprechenden Gutachtens beauftragt. Mit der Fertigstellung wird in 6 Wochen gerechnet. Die Halle soll zunächst durch das Sportamt verwaltet werden und später in die Betriebsführung von DüsseldorfCongress übergehen. Im Vergleich zur jetzt gezahlten Nutzungsgebühr von 1.325.000 Euro wird sich der künftige Aufwand um rd. 352.000 Euro erhöhen. Es sollen sieben Mitarbeiter für den technischen Betrieb der Sporthalle übernommen werden.

Der Rat wurde aus der Kleinen Kommission Wehrhahn-Linie informiert. Die Kommission hat sich mit dem Stand der Bauarbeiten, der Projektüberschneidung mit dem Kö-Bogen und den Controllingberichten befasst. Der Tunnelvortrieb startet am 1.3.2010 von der Startbaugrube Bilk bis in den Zielschacht in der Kasernenstraße. Anschließend wird die Tunnelvortriebsmaschine geborgen und zum Startschacht auf dem Corneliusplatz transportiert. Von dort erfolgt ab Frühjahr 2011 der zweite Vortrieb bis zum Zielschacht an der Rampe Wehrhahn. Zeit- und Finanzcontrolling sind im Rahmen.

Aus der kleinen Kommission Kö-Bogen berichtete die Verwaltung die schon mit den aktuellen Anfragen hinterfragten Punkte.

Während der langen Sitzung kann die Aufmerksamkeit schon mal etwas nachlassen. Deshalb können mir durchaus Fehler unterlaufen, insbesondere bei den Abstimmungsergebnissen. Insofern darf ich hier auf die offizielle Niederschrift der Ratssitzung verweisen.

Mit freundlichen Grüßen
Helga Leibauer

V.i.S.d.P.: Helga Leibauer, Am Pesch 28, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211 – 29 82 20,
Email: helgaleibauer@arcor.de